

## Gemeinderat von Zürich

23.06.99

## Postulat

von Niklaus Scherr (AL)  
und 9 Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird gebeten, sich beim Regierungsrat des Kantons Zürich dafür einzusetzen, dass für das Jahr 2000 die vom Bund vorgesehenen Mittel für die Verbilligung der Krankenkassenprämien zu mindestens 75% ausgeschöpft werden.

GR Nr. 99/273

Begründung:

Die bisher gültige Einführungs-Verordnung zum KVG sieht vor, dass der Kanton Zürich die vom Bund für die Prämienverbilligung bereitgestellten Mittel nur zu 50% ausschöpft. Am 13. Juni haben die Stimmberechtigten die Volksinitiative zur Verbilligung der Krankenkassenprämien, die eine 100%-ige Ausschöpfung forderte, knapp abgelehnt. Knapp angenommen wurde der kantonsrätliche Gegenvorschlag, wonach der Regierungsrat jeweils die Höhe der Ausschöpfung festlegt. Mit dem Gegenvorschlag werden neu 70 bis 90 Mio Franken direkt an die Gemeinden als Abgeltung für Prämienübernahmen im Bereich von Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen ausgeschüttet. Bei gleichem Ausschöpfungsgrad wie bisher (50% oder 280 Mio Franken) stehen damit für die Direktbetroffenen gut ein Viertel weniger Mittel für die individuelle Prämienverbilligung zur Verfügung. Damit müssten die Verbilligungsleistungen nach 1999 bereits ein zweites Mal reduziert oder einzelne Bezügergruppen (vorab Familien mit Kindern) aufgehoben werden, und das, obwohl für das Jahr 2000 mit Prämien erhöhungen zwischen 5 und 10 Prozent zu rechnen ist. Das kann nur vermieden werden, wenn der Ausschöpfungsgrad deutlich erhöht wird. Eine solche Erhöhung entspricht zweifellos auch dem Willen der Stimmberechtigten, die sich nur ganz knapp gegen eine sogar 100-prozentige Ausschöpfung ausgesprochen haben. In der Stadt Zürich haben die Stimmenden überdies die Volksinitiative mit 61% Ja ganz klar befürwortet.

M. K. K. K.

B. Götz

J. Curian

H. Krauss

Ch. Hug

K. Helber

A. All

A. Bucher